

Gestaffelte Pensionserhöhung

Regierung plant einmal mehr stärkeres Plus für Bezieher kleiner Pensionen.

WIEN Statistik Austria veröffentlichte gestern den Pensionsanpassungsfaktor für das kommende Jahr. Aufgrund der Preissteigerungen in den vergangenen zwölf Monaten müssten alle Pensionen um 1,8 Prozent erhöht beziehungsweise wertgesichert werden. Das ist gesetzlich so vorgesehen. In der Regel wird auf parlamentarischer Ebene jedoch eine Abweichung davon beschlossen. „Soziale Staffelung“ ist das Motto: Pensionen bis 1400 Euro wurden heuer beispielsweise um 3,5 Prozent erhöht, Pensionen ab 2333 Euro dagegen nur um einen Fixbetrag von 35 Euro, was einem Bruchteil davon entspricht.

Seniorenvertreter fordern nun mindestens 1,8 Prozent für alle sowie eine stärkere Erhöhung für Bezieher kleiner und mittlerer Pensionen. Eine soziale Staffelung wird von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in Aussicht gestellt: „Details werden in den kommenden Wochen ausgearbeitet“, lässt er wissen. Sozialminister Wolfgang Mückstein (Grüne) will die Pensionen so erhöhen, dass Altersarmut reduziert wird. Das könnte in dieselbe Richtung gehen.

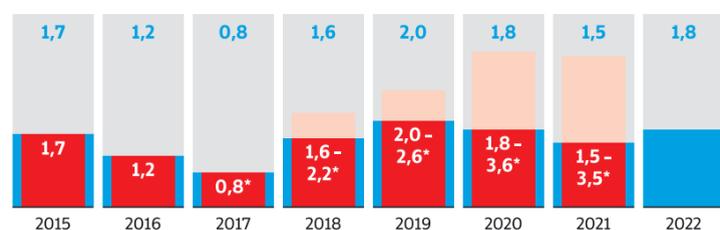
Abweichung ist die Regel

Der Sozialforscher Bernd Marin hat grundsätzlich nichts gegen eine gestaffelte Anpassung einzuwenden. Im Gegenteil: „Ich habe durchaus Sympathien für ein Stufenmodell“, sagt er im Gespräch mit den VN, wendet sich jedoch „ge-

Pensionserhöhungen

■ Durchschnittliche Inflationsrate in Prozent von August bis Juli als gesetzliche Basis für Anpassungen im Folgejahr

■ Pensionserhöhung in Prozent



* 2017: Plus 100 Euro Einmalzahlung
2018/19: Soziale Staffelung – höherer Satz für niedrige Pensionen
2020: Soziale Staffelung – höchster Satz für Pensionen bis 1111 Euro, niedrigster Satz ab 2500 Euro
2021: Soziale Staffelung – höchster Satz für Pensionen bis 1000 Euro, niedrigster Satz bei 1400 – 2333 Euro, ab 2333 Euro Fixbetrag von 35 Euro

VN-GRAFIK: © APA

gen schlampige Rechtsverhältnisse: Gesetzlich vorgesehen ist seit 2004 eine einheitliche Anpassung nach Verbraucherpreisindex. In 15 von 18 Jahren ist man jedoch davon

abgewichen und hat besonders in Wahljahren nach Gutsherrenart agiert, also mehr gewährt, um gewählt zu werden.“ Marin lässt außerdem Zweifel daran aufkommen,

„Abgesehen von der Ausgleichszulage ist die Durchschnittspension nicht dauerhaft gegen die Teuerung voll abgesichert.“

Bernd Marin
Sozialforscher

dass es ein breites Bewusstsein für die Folgen gestaffelter Anpassungen gibt: „Abgesehen von der Ausgleichszulage (Mindestpension; Anm.) ist schon die Durchschnittspension nicht dauerhaft auch nur gegen die Teuerung voll abgesichert.“



Eine Untersuchung für eine Dekade ab Anfang der 2000er unterstreicht dies: Bei einer Inflation von insgesamt 24,8 Prozent ist demnach zwar die Ausgleichszulage mit einem Plus von 32,8 Prozent wirklich erhöht worden. Durchschnittliche Pensionen, geschweige denn höhere Pensionen haben mit einem Plus von lediglich 22,2 bzw. 16,6 Prozent jedoch an Wert verloren: „Über eine Pensionsdauer von rund 25 Jahren können sich so schmerzliche Verluste ergeben.“

Abgesehen davon könne das Versicherungsprinzip ausgehöhlt werden, so der Sozialforscher: „Man kann über alles reden, auch eine Grundrente oder Volkspension, unabhängig von der Beitragsleistung. Die Frage ist, ob die Leute das wollen. Umfragen zeigen, dass weit über 90 Prozent die klassische Sozialversicherung, wonach höhere Beiträge auch zu höherer Pension führen, und keine reine Sozialhilfe wollen.“

Größter Ausgabenposten

Das Pensionsthema ist während der Pandemie freilich aus dem Fokus geraten: „Das ist zwar verständlich, weil Corona im Vordergrund steht, löst aber nicht das Problem längerfristig steigender Kosten“, erklärt Marin, der darauf auch in seinem aktuellen Buch „Die Welt danach“ eingeht. Zuletzt habe der Staat „Koste es, was es wolle“ sehr viel Geld ausgegeben: „Trotzdem bleiben Pensionen im Krisenhaushalt 2021 mit 23,5 Prozent der weit aus größte Posten. Über Milliarden Zuwachsdynamik wird kein Wort verloren.“ **JOH**

POLITIK IN KÜRZE

Teilzeit nicht wegen Kinderbetreuung

WIEN Die Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten befindet sich nicht aus Gründen der Kinderbetreuung in dieser Beschäftigungsform. Nur 43 Prozent der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen leben mit Kindern in einem Haushalt. Das ist ein Ergebnis einer repräsentativen Integral-Studie im Auftrag des Katholischen Familienverbandes, die am Mittwoch präsentiert wurde. Befragt wurden 1500 Erwerbstätige online in drei Wellen im Juni und Juli.

Wappenadler wieder im Parlament

WIEN Der markante Wappenadler ist nach Restaurierungsarbeiten in Oberösterreich wieder ins historische Parlamentsgebäude zurückgekehrt. Am Mittwoch wurde der etwa 4 mal 2,8 Meter große und rund 650 Kilogramm schwere Vogel in vier Teilen angeliefert und wieder an der Stirnseite des Nationalratssitzungsraumes montiert.



Die Stahlkonstruktion ist nun fertig restauriert. APA/PARLAMENTS-DIREKTION

Klimaticket startet ab 26. Oktober

Sechs Bundesländer, ÖBB, Westbahn und Regiojet fix dabei.

LINZ Das österreichweite gemeinsame Jahresticket für Busse und Bahnen startet am 26. Oktober um 949 Euro. Unter dem Titel Klimaticket Now gibt es die Netzkarte in Vorarlberg, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Tirol. Zusätzlich gilt sie österreichweit in allen Zügen der ÖBB, jenen der Westbahn und Regiojet, wie Verkehrs- und Umweltministerin

Leonore Gewessler (Grüne) in Linz erklärte. Vorerst nicht mit an Bord sind Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Es laufen allerdings noch Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Ostregion (VOR).

Ab Vorverkaufsstart am 1. Oktober bis zum Nationalfeiertag kostet das Klimaticket 949 statt 1095 Euro für ein Jahr. Für alle unter 26 und für Senioren gibt es eine Ermäßigung. Die österreichweite Stufe wird zur Gänze vom Bund bezahlt. 2022 sind dafür 150 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt vorgesehen, heuer sind 96 Millionen Euro budgetiert.

Ursprünglich war die Netzkarte mit drei Stufen als 1-2-3-Ticket geplant gewesen. Vorgesehen war in der 3er-Stufe, um 1095 Euro im ganzen Land mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln fahren zu können, um einen Euro pro Tag in einem Bundesland (365 Euro) und um zwei Euro pro Tag in einem und im Nachbarbundesland (730 Euro).

Die regionalen Tickets gibt es bereits in fünf Bundesländern; in Vorarlberg kostet es 385 Euro. Das einfache Tarifschema und die Bundesland-Tickets um 365 Euro scheinen nun vom Tisch.



Verkehrs- und Umweltministerin Leonore Gewessler präsentiert ein Muster des 1-2-3-Tickets, das nun in Klimaticket umbenannt wurde. APA

WO BLEIBT DAS...? Angekündigt, aber noch nicht umgesetzt - Teil 3/9

Klimaschutz- und Energieeffizienzgesetz

WIEN Das Klimaschutzgesetz sollte laut Ankündigungen bereits in Begutachtung oder die Verhandlungen zumindest kurz vor Abschluss sein. Allerdings scheint das Ganze schwieriger als gedacht. Knackpunkt ist dem Vernehmen nach die Verbindlichkeit der Ziele. Die automatische Erhöhung von Mineral- und Heizölsteuern bei einer Zielverfehlung wackelt, ein Mechanismus, wonach Bund und Länder in einen Klimafonds einzahlen müssten, liegt hingegen auf dem Tisch.

Ebenso umstritten ist die verfassungsrechtliche Verankerung des Grundrechtes auf Klimaschutz, wodurch Bürger ermächtigt würden, Klimaschutzmaßnahmen einzuklagen. Eine dazu in Auftrag gegebene Studie wurde dem Nationalrat zugeleitet, heißt es im Klimaessort. Der mit dem Klimaschutzgesetz



Das Klimaschutzgesetz sei laut Ministerin auf der Zielgeraden. APA

geplante Klimarat der Bürgerinnen und Bürger werde ehestmöglich starten. Den Auftakt hätte er eigentlich mit Sommer 2021 machen sollen. Das sei sich wegen Corona und der umfangreichen Vorbereitungen nicht ausgegangen. Neben

VN-SERIE „WO BLEIBT DAS...?“

Angekündigt, aber noch nicht umgesetzt: Davon gibt es derzeit einiges im türkis-grünen Spektrum. Vom Informationsfreiheitsgesetz bis zum Glücksspielpaket: Es wird verhandelt, wie die zuständigen Ministerien mitteilen. Bei den Versprechen zum Gewaltschutzpaket scheinen die Ressorts schon einiges in Angriff genommen zu haben. Doch die Arbeit geht nicht aus: Neben der Bewältigung der Coronakrise stehen im Herbst schon die zwei nächsten Großprojekte an: die Pflegereform und die ökosoziale Steuerreform.

dem Klimaschutzgesetz steht auch das Energieeffizienzgesetz noch aus. Laut Klimaschutzministerin ist man dabei aber auf der Zielgeraden. Effizienzmaßnahmen sind noch in Diskussion. Die Verhandlungen würden laufen, vermutlich aber auch hier über den Sommer hinaus. **VN-EBI**

KARIKATUR

Drohender Zeigefinger!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT